

Unerwünschte Wahlbeobachtung

Attila Kiraly

Die Wahlbeobachtung gilt als erfolgreiches Feld des Wirkens der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE). So hieß es jüngst über die Parlamentswahl in Georgien: „Dass diese Wahl sauber war [...] lag maßgeblich an den Wahlbeobachtern des OSZE-Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR), deren Kompetenz und Unparteilichkeit sowohl von der Regierung als auch der Opposition anerkannt wurde“ (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 25. Oktober 2012).

Da sollte man doch meinen, was der weiten OSZE-Welt guttut, sollte auch für die USA gut sein. Zu erinnern ist: Wenn es bei den Präsidentenwahlen 2000 mit rechten Dingen zugegangen wäre, hätte der Präsident Al Gore heißen müssen – und der Menschheit wäre vieles erspart geblieben. Der damalige Fehler Gores und seiner Anwälte bestand darin, die Nachzählung der Stimmzettel nur in einigen der umstrittenen Wahlbezirke des Staates Florida erwirkt zu haben, in dem der Bruder von George W., Jeb Bush, Gouverneur war und alle Spatzen von den Dächern „Schiebung“ piffen. Wäre in ganz Florida neu gezählt worden, hätte das Ergebnis gelautet: Bush 2.915.130 Stimmen und Gore 2.915.245 Stimmen, also 115 Stimmen mehr, und – *the winner takes it all* – Gore wäre der neue Präsident gewesen. Das hatte eine nachträgliche Auszählung aller Wählerstimmen ergeben. Das Ergebnis von Florida gab den Ausschlag, und da es umstritten war, entschied im November 2000 bekanntlich die konservative Mehrheit des Obersten Gerichts zugunsten von Bush.

Danach wurde unter der Bush-Administration nicht etwa darauf gedrungen, künftig genauer zu zählen, sondern die Spuren besser zu verwischen – wenn es keine Wahlzettel gibt, kann später nicht nachgezählt werden. So beschloss das US-Parlament nach den Wahlen von 2000 mit seiner republikanischen Mehrheit die Einführung „moderner, sicherer Wahlmaschinen“. Der Bundesstaat Georgia beispielsweise investierte dann 54 Millionen Dollar in die Anschaffung von 19.000 Wahlcomputern, die von einer Firma namens Diebold geliefert wurden. Bei den sogenannten *Midterm*-Wahlen – der Wahl in der Mitte der Amtszeit eines Präsidenten, bei der stets alle 435 Abgeordneten des US-Repräsentantenhauses,

ein Drittel der 100 Senatoren und etliche Gouverneure der Bundesstaaten gewählt werden – im Jahr 2002 ordnete Diebold-Chef Walden O'Dell kurz vor dem Wahltag die Auswechslung von etwa 5000 Memory-Karten in Wahlcomputern an. Zufällig standen die alle in Wahlkreisen, die als der demokratischen Partei zugeneigt galten. Nach dem Wahltag rieben sich die demokratischen Kandidaten für den Senatoren- und den Gouverneursposten die Augen, weil entgegen allen Umfragen die Republikaner als Sieger ausgewiesen wurden. Dem Betrugsvorwurf wurde mit dem schönen Argument der Firma begegnet, die Wahlcomputer seien „absolut hackersicher“. Das war wahrscheinlich nicht falsch, wenn man davon ausgeht, dass die Firma selbst die entsprechenden Ergebnisse vorprogrammiert hatte.

Bei den Präsidentenwahlen 2004 entschied der Staat Ohio die Präsidentenwahl zugunsten von Bush und gegen den Demokraten Kerry. Letzterer lag nach allen Umfragen in Ohio vorn, wie durch ein Wunder „gewann“ jedoch wiederum Bush – die Wahlcomputer kamen von der Firma Diebold.

Um neuerlichen Manipulationen vorzubeugen, wäre eine ODIHR-Wahlbeobachtung in den USA gewiss hilfreich. Kurz vor dem Wahltag 2012 hatte der Bundesstaat Texas Wahlbeobachtern mit Strafe gedroht: Generalstaatsanwalt Greg Abbott ließ mitteilen, OSZE-Wahlbeobachter, die sich einem Wahllokal auf weniger als 100 Fuß näherten, machten sich strafbar. Eine vergleichbare Mitteilung aus Russland hätte tagelanges Mediengeschrei zum Thema „Wahlfälschung“ zur Folge gehabt. So stand die Mitteilung nur in einem kleinen Kellerartikel, hinten im Politikteil (Berliner Zeitung, 26. Oktober 2012, S. 7).

In verschiedenen Bundesstaaten mit republikanischen Gouverneuren war die Zahl der Wahllokale vor allem in Gegenden mit demokratischer Wählerschaft absichtsvoll reduziert worden, sodass sich lange Schlangen bildeten, auch in Florida. In der Wahlnacht lag Obama so weit vorn, dass sein Wahlsieg feststand, obwohl dort wieder neu gezählt werden musste. Der Bundestagsabgeordnete Jürgen Klimke (CDU) nannte die Wahlbedingungen „unzumutbar“. Er war für die OSZE als Wahlbeobachter in den USA. Deren Arbeit wurde so eingeschränkt, dass eine echte Überprüfung „gar nicht möglich“ war. 🌐